

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Aus der Baugeschichte des Erbgroßherzoglichen Palais

[urn:nbn:de:bsz:31-218947](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-218947)

Aus der Baugeschichte des Erbgroßherzoglichen Palais

Von Fritz Hugenschmidt, Pfleger für die Bau- und Kunstdenkmale der Stadt Karlsruhe

An der Kriegsstraße, zwischen Herren- und Ritterstraße, hatte in den Jahren 1817–22 der Baumeister Fr. Weinbrenner für die Witwe des Markgrafen Friedrich von Baden auf einem aufgeschütteten Hügel ein Gartenschlößchen erbaut. Die berühmte „Villa rotonda“ bei Padua, eine Schöpfung des italienischen Architekten Andrea Palladio, hatte ihm dabei als Vorbild gedient.

Im Frühjahr 1885 verlangte Großherzog Friedrich I. unter Hinweis auf das Apanagegesetz vom Staat die Beschaffung einer standesgemäßen Wohnung für seinen neuvermählten Sohn, den Erbgroßherzog und dessen Gemahlin. Er wünschte dazu die Verwendung des schön gelegenen Gartenschlößchens an der Kriegsstraße. Baudirektor Prof. Dr. Durm erhielt den Auftrag, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Das Schlößchen war zu jener Zeit aber belegt. Der bad. Frauenverein hatte darin sein Vereinskrankehaus eingerichtet. Das Gebäude wurde erst freigegeben, als das neu erstellte Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus an der Kaiserallee bezogen werden konnte. Einstweilen sollte der Staat das sog. Sickingensche Palais an der Salzstraße in Freiburg als Wohnung für das junge erbgroßherzogliche Paar beschleunigt herrichten lassen.

Inzwischen war fleißig projektiert worden. Im Frühjahr 1890 legte Durm einen Entwurf „in geänderter Stilform“ vor, außen in der Art der „Schloßbauten aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts“, innen im „Rococostil“. Es sollte ein Neubau werden, bei dem vom alten Gartenschlößchen nur noch einige Fundamentmauern zu verwenden waren. Weinbrenners Werke hatten im Laufe der Zeit viel an Ansehen verloren. So wurde der hübsche Bau bedenkenlos geopfert.

Der Plan des Baudirektors fand die volle Zustimmung der hohen Herrschaften. Im Sommer 1891 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Sie dauerten mit einigen Unterbrechungen durch volle sechs Jahre. Schwierigkeiten blieben dabei nicht aus. Der Baudirektor hat an seinem Werk nicht allzu viele Freuden erlebt. Schon bei den Arbeitsvergebungen ließ das Finanzministerium sich nicht leicht davon abbringen, die billigsten Angebote zu berücksichtigen, während Durm Unternehmer wünschte, die bereits sein Vertrauen erworben hatten. Immer wieder wies er darauf hin, was zu erwarten sei, wenn die Arbeiten den Wenigstnehmenden zugewiesen würden.

Als der Bau stand, meldeten sich die zum Wort, die von den vorgelegten Plänen wenig verstanden hatten. Alles mögliche wurde kritisiert, von der Anordnung der Räume bis zu den Aborten. Da war z. B. das eiserne Eingangstor am Schloß zu schwer und die Verzierungen daran zu stachlig. Die Damen würden hier ihre kostbaren Roben zerreißen, Durm hielt dem entgegen, die Torflügel seien so konstruiert, daß sie leicht zu bewegen seien. Im übrigen stünden da so viele Bediente herum, daß die Herrschaften nie die Türe selbst öffnen müßten. Ähnlicher Schmuck wie hier, finde man an vielen Schloßeingängen aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts. Nie sei gehört worden, daß jemand daran Schaden genommen habe.

Schließlich gab es noch eine ärgerliche, wochenlange Verzögerung in der Fertigstellung des Baues, weil das reiche Geländer an der marmornen Prunktreppe nicht rechtzeitig angebracht werden konnte. Kunstschlosser Hammer in der Akademiestraße hatte sich in der Zeit, die er zur Herstellung der nicht alltäglichen Arbeit brauchte, stark verrechnet.

Im Herbst 1897 war das Palais nach der Meinung des Baudirektors so weit, daß es vom Hof übernommen werden konnte, und er drängte der herannahenden kalten Jahreszeit wegen auf die Übergabe. „Die Arbeiten gehen

zugrunde, wenn sie ohne Pflege und Wartung bleiben.“ Aber darüber scheinen die Höflinge sich wenig Sorgen gemacht zu haben. Einstweilen mußte ja der Staat für alles aufkommen.

Mitte Dezember 1897 erklärte die Intendanz der großherzoglichen Zivilliste, das Palais werde erst übernommen, wenn auch im Innern alles fertig sei. Zur Zeit fehlten noch in vielen Räumen die Tapeten. Im Einverständnis mit dem Großherzog war hier vorläufig nur zu den Stuckdecken passendes, ungemustertes Papier an die Wände geklebt worden, weil da für später kostbare Seiden- und Ledertapeten, auch Gobelins vorgesehen waren. „Ich möchte mir nicht sagen lassen“, schrieb Durm an das Finanzministerium, „Zustände geschaffen zu haben, die später als unhaltbar bezeichnet werden müssen, und für welche das Geld hinausgeworfen wurde. Ich kann mich auch als Künstler nicht dazu verstehen, in die, wenn auch schlichter durchgeführten Räume der Obergeschosse, die landläufigen Rosen-, Veilchen- und Tulpenmustertapeten einer deutschen Normalwohnung sog. gebildeter Stände einzukleben, was mir vom niedrigsten Fachkollegen als eine Barbarei mit Recht vorgeworfen werden würde... Wir haben es doch hier mit einer Fürstenwohnung und nicht mit einem Mietkasten zu tun, der alle Quartal seine Bewohner wechselt“.

Der Baudirektor hatte bereits für die Wandbespannung Muster aus Paris und Lyon besorgt und sie in Freiburg vorgelegt. „Ich konnte aber mit meinen Sachen wieder abziehen“, schrieb er damals an das Finanzministerium, „indem mir zuerst von der Umgebung, dann von den hohen Herrschaften selbst klargemacht wurde,



daß man — wie im Schlosse zu Karlsruhe und an anderen Orten — für diese Räume den stukkerten, mit Farbe gestrichenen Wänden den Vorzug gäbe.“ — Diese kostspieligere Art wurde dann auch ausgeführt.

Anfang Februar des nächsten Jahres legte die Intendanz der großherzoglichen Zivilliste dem Finanzministerium in einem langen Schriftstück ihre Beanstandungen und Wünsche vor. Der Baudirektor hatte sich dazu zu äußern. Das geschah nicht ohne eine gewisse Gereiztheit. Man könne der Intendanz die Absicht ihn bloßzustellen, nicht absprechen. Der Plan zum Palais sei unter persönlicher Mitwirkung des Erbgroßherzogs entstanden. Alles sei ihm und seinen Ratgebern, auch dem Finanzministerium in großem Maßstab gezeichnet, unter Beigabe eines Modells, zur Begutachtung und Genehmigung vorgelegt worden. Der Techniker der Generalintendanz habe Haare zusammengesucht, um für die Baudirektion daraus einen Zopf zu drehen. — Als weitgehend auf den Wünschen und Forderungen beharrt wurde, schrieb Durm erregt an das Finanzministerium, „es sei zu erwägen, ob man nicht besser und finanziell vorteilhafter den Bau mit seinen Anlagen beseitigen, das Gelände veräußern und an anderer Stelle nach den geänderten Ansichten neu aufbauen würde“. Bei Hof fand man diese Auffassung „ungeheuerlich“. Als Durm das Ansinnen eines Dachumbaues wenig schmeichelhaft für die Urheber des Gedankens ablehnte, erklärte die Generalintendanz der großherzoglichen Zivilliste am 1. Febr. 1899 dem Finanzministerium, daß sie wegen den in den Äußerungen der großherzoglichen Baudirektion enthaltenen Ausfällen verzichte, auf die Darlegungen dieser Behörde näher einzugehen.

Damit war der 62 Jahre alte Oberbaudirektor vom Hof kaltgestellt worden. An seine Stelle trat der 30jährige Architekt und Professor an der Technischen Hochschule Friedrich Ratzel, ein geborener Durlacher. Diesem verblieb nun die Vollendung der inneren Einrichtung.



Nach langem Sträuben wurde das Palais endlich vom Hof in eigene Verwaltung genommen. Aber erst im April 1903 verlegten der Erbgroßherzog und seine Gemahlin ihren Wohnsitz dorthin, kehrten jedoch nach dem Tode des alten Großherzogs im September 1907 in das Residenzschloß zurück. Das Palais war für das kinderlose Paar ziemlich überflüssig geworden.

Nach dem 22. November 1918 verlor der Bau vollends seine Zweckbestimmung. Doch fiel bei der Auseinandersetzung zwischen Staat und Hof die ganze innere Einrichtung dem Großherzog als freies Eigentum zu. Die Räume wurden einstweilen den verschiedenen Unterkunft suchenden Behörden zugewiesen. Eine Zeitlang dienten die Keller als Waffen- und Munitionsdepot.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß im November 1923 für Reparaturen an der großen Glaskuppel, der Bezirksbauinspektion ein Kredit von 65 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden mußte. Es war in der Zeit der Inflation.

Im Jahre 1920 ließ sich das neugegründete Arbeitsministerium im Palais nieder. Die Beamten waren gar nicht unglücklich, als sie vier Jahre später den Bau mit seiner kalten Pracht wieder verlassen mußten. Nun entstand hier so etwas wie ein Taubenschlag. Neue Behörden zogen ein und gingen wieder. Im Frühjahr 1934 ließ sich die Gauführung des Reichsarbeitsdienstes im Palais nieder und erlangte schließlich den Alleinbesitz.

Der furchtbare Brandbombenangriff vom 27. Sept. 1944 ließ das Palais als eine rauchende Ruine zurück. Mit nur unzureichenden Mitteln konnte in den ersten folgenden Jahren an die Sicherung des verbliebenen Bestandes gegangen werden. — Was sollte aus dem Bau werden? Die Stadt Karlsruhe wünschte ihn für eine Musikhochschule. Das bad. Landesmuseum wollte im Palais der Bevölkerung seine köstlichen Schätze wieder zeigen. — Da erfolgte Ende Juli dieses Jahres im Bundestag in Bonn die Entscheidung über den künftigen Sitz des deutschen Bundesgerichtshofes. Bei dem Wettbewerb unter sieben deutschen Städten war Karlsruhe Sieger geworden. Voraussetzung bei dieser Wahl war der bezugsfertige Um- und Ausbau der Palaisruine binnen zwei Monaten.

Das Äußere des Gebäudes ist fast ganz erhalten geblieben. Die Rokokoimitationen im Innern sind bis auf das reiche schmiedeeiserne Geländer der Marmortreppe verschwunden. Die Räume haben eine zeitgemäße, schlichte, doch vornehme Gestaltung erfahren. An Größe kann das Palais sich mit dem einstigen Reichsgerichtsgebäude nicht messen. Es hätte sich vergleichsweise leicht in den Grundriß der Halle im Mitteltrakt des Leipziger Baues hineinstellen lassen.

In unerhörtem Eiltempo brachte die staatliche Hochbauverwaltung die Herrichtung des Palais fristgemäß zustande. Vom frühen Morgen bis zum Abend zeichnete ihr Leiter, Baudirektor K. Kölmel, an der Baustelle zusammen mit dem Stabe seiner getreuen Helfer und wies den Geschäftsleuten ihre Arbeiten zu. Bis zu 500 Arbeiter waren oft gleichzeitig im Bau und darum herum tätig. Es durfte keine Stunde verloren gehen. Da mußten Bauteile ausgebrochen und an anderer Stelle Mauerwerk neu aufgeführt werden. Die schadhafte Parkettböden wurden mit dem Boschhammer weggeschafft, die Stukkaturen lösten sich unter Kompressordruck in Schutt und Staub auf. Der neue Verputz mußte raumweise mit Heißluftapparaten künstlich getrocknet werden. Schließlich war auch noch die innere Einrichtung zu beschaffen, damit die Arbeit in den Büros unverzüglich aufgenommen werden konnte. Nur der willigen Mitarbeit aller Beteiligten ist die rechtzeitige Fertigstellung zu verdanken.

Am 1. Oktober 1950 ist das Bundesgericht in sein neues Heim eingezogen und am 8. Oktober fand die feierliche Einführung des neuen Bundesgerichtspräsidenten in sein Amt statt.

Fotos von Seite 6, 7 und 8: Südwestbild Schlitz